

staatlichen Autonomie der ehemaligen Satellitenstaaten, wie z.B. der Ukraine, haben der Universalität der Menschenrechte Zugang zu einem grossen, Osteuropa einschliessenden Gebietszuwachs verschafft. Wir wissen aber alle, dass es in diesem neuen Gebiet noch vieler, vieler Schritte bedarf und wir müssen auch immer wieder mit Rückschlüssen rechnen, die ihre Ursache in den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dieser Länder haben.

Hier können wir zunächst zwei ganz starke, selbständige Quellen für die Universalität der Menschenrechte feststellen:

2.1 Zunächst einmal müssen wir hier auf die Umsetzung der Ideale der Erklärung der Menschenrechte von 1948 in die nationale Verfassungs- und Gesetzgebung hinweisen. Die neue Verfassung der Ukraine vom 28. Juni 1996 enthält alle wesentlichen Elemente, Forderungen und Formulierungen, die wir aus der UN - Erklärung von 1948 kennen (Anm.: 8). Der formale Weg der Umsetzung der Menschenrechte in nationale Grundrechte vollzieht sich durch die nationale Legislative.

2.2 Wenn die Verfassungsrechtssprechung in der Ukraine zwar heute noch nicht entwickelt ist, wie auch die Rechtsprechung als solche noch im Aufbau befindlich ist und die Unabhängigkeit der Richter als fundamentale Voraussetzung noch nicht gewährleistet ist (Anm.: 9), ist die Bedeutung der Jurisdiktive für die Verwirklichung der Menschen- und Grundrechte nicht zu unterschätzen und ich bin überzeugt, dass sich die Jurisdiktive mehr und mehr in diese Richtung bewegen wird.

Zu diesen beiden "klassischen" Rechtsquellen kommt in neuerer Zeit eine neue, deren Bedeutung, vor allen Dingen deren Entstehen und Wirkungsmechanismen nicht klar umrissen werden können, deren Einfluss jedoch keinesfalls unterschätzt werden darf: Die Rechtsentwicklung durch das kollektive Rechtsempfinden und deren Manifestation in der Presse, in Organisationen wie s.B. Amnesty international oder aber durch kollektives Zusammenwirken dieser Kräfte, unter Umständen sogar gemeinsam mit staatlichen Organen.

Demokratie und Demoskopie wirken hier zusammen, insbesondere dann, wenn staatliche Organe auf die öffentliche Meinung reagieren und in dem hier beschriebenen Kontext auf die Weiterentwicklung des Rechtsempfindens in der Bevölkerung.

Ich möchte diesen Wirkungszusammenhang als "Rechtsfortbildung durch Manifestierung des Rechtsempfindens der Bevölkerung" bezeichnen (Anm.: 10).

Lassen Sie mich dieses Prinzip an den zwei folgenden, aktuellen Beispielen erklären.

3. Rechtsfortbildung durch Manifestierung des Rechtsempfindens der Bevölkerung

Wir haben zwei aktuelle Beispiele, die sehr gut zeigen, wie dieser Rechtsfortbildungsmechanismus funktioniert (Anm. 11):

3.1 Die Verhaftung des früheren Staatspräsidenten von Chile in London im Oktober 1998

Während seines Aufenthalts in London im Oktober 1998 ist bekanntlich der frühere chilenische Diktator auf der Basis eines Auslieferungsantrages spanischer Richter verhaftet worden, der Ausgang des Verfahrens ist noch offen (Anm. 12). Dennoch lässt sich heute schon folgendes feststellen:

Pinochet ist jahrelang ungehindert nach Grossbritannien gereist und jeweils auch von der Premierministerin als Gast empfangen worden.

Obwohl die Vorwürfe gegen Pinochet (Mord und Folterungen) keinesfalls neu sind, hat sich etwas anderes als stärkere Entwicklung durchgesetzt: Der Anspruch der neuen britischen Regierung auf eine "Ethische Aussenpolitik" (Anm. 13). Trotz aller Autonomie Chiles, deren Staatsorgane Pinochet lebenslange Immunität zuerkannt haben, wirkt hier die Universalität der Menschenrechte stärker. Auch wenn letztendlich dieser konkrete Vorfall nicht zu einem Strafprozess führen sollte, so ist er doch ein wichtiges Signal nicht nur an alle Diktatoren, sondern an alle Opfer und

Unterdrückten in der übrigen Welt, dass die internationale Staatengemeinschaft eine sensiblere Güterabwägung zugunsten der Menschenrechte und gegen die Staatsraison vornimmt.

Der Pinochet-Fall ist insofern nur der Anfang einer Entwicklung.

3.2 Die Erklärung des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 13. Oktober 1998 (Anm. 14)

Die Behandlung der durch totalitäre Regime begangenen Verletzungen der Menschenrechte hat das amerikanische Repräsentantenhaus zu einer Resolution veranlasst, deren Präambel u.a. folgende Statements enthält:

"Whereas totalitarian regimes, including Fascist and Communist dictatorships, have caused immeasurable human suffering and loss, degrading not only every conceivable human right, but the human spirit itself;

Whereas the villainy of communism was dedicated, in particular, to the organized and systematic destruction of private property ownership, including ownership of real, personal, business and financial property, by individuals and communities;

.....

Whereas the rule of law and democratic norms require that the activity of governments and their administrative agencies be exercised in accordance with the laws passed by their parliaments or legislatures, and such laws themselves must be consistent with the international human rights standards: Now, therefore, be it Resolved.

That the House of Representatives ...

(1) welcomes the efforts of many formerly totalitarian countries to address the complex and difficult questions of the status of wrongfully expropriated properties;

(2) urges countries which have not already done so to return wrongfully expropriated properties to their rightful owners ...

.....

(4) calls on Croatia, the Czech Republic, Latvia, Lithuania, Romania, Slovakia, and any other nations whose laws or regulations limit restitution or compensation for wrongfully expropriated properties to

persons who reside in, or are citizens of the country from which restitution or compensation is sought, to remove such restrictions"

Diese Resolution des amerikanischen Repräsentantenhauses befasst sich primär mit den Rechtsfolgen des Art. 17 der UN - Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948 (Anm. 15). Er enthält aber gleichzeitig Elemente einer universalen Durchsetzung aller Menschenrechte. Sie ist eine Reaktion auf die Tatsache, dass die Öffentlichkeit nicht nur - wie in dem Fall Pinochet - die Verletzung des Lebens und der Freiheit nicht mehr toleriert, sondern auch nicht die sonstigen Rechtsverletzungen totalitärer Regimes, wie z.B. das Eigentumsrecht.

4. Schlussfolgerung

Im Hinblick auf diese Rechtsentwicklung wird die Manifestierung (und natürlich auch Weiterentwicklung) des Rechtsempfindens der Bevölkerung in Zukunft eine immer bedeutendere Rolle für die Verwirklichung der Menschenrechte spielen. Es wird für die ehemaligen Satellitenstaaten trotz aller politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten kein Zurück geben. Der universale Schutz durch die Menschenrechte wird sich weiter verstärken. Wir haben weiterhin, wie es in der Präambel der Erklärung der Menschenrechte heißt, eine Vision von einem Ideal, das es Schritt für Schritt zu verwirklichen gilt. Wir sind auf unserem Weg weitervorgekommen. Das ist Genugtuung anlässlich des 50-jährigen Jubiläums, das wir in wenigen Wochen begehen werden, und das berechtigt uns, zuversichtlich für die kommenden Jahre zu sein.

Anm. 1: United Nations General Assembly Official Records, 3rd Sess., Resolutions part I, S. 71

Anm. 2: United Nations Treaty Series, Bd. 999, S. 171

Anm. 3: United Nations Treaty Series, Bd. 993, S. 3

Anm. 4: Die Umsetzung dieser Internationalen Pakte in nationales Recht der Mitgliedsstaaten erfolgte 1976, es dauerte also fast 30 Jahre bis der Menschenrechtsappell

von 1948 rechtsverbindlich wurde, und auch heute noch fehlen Beitrittslander.

Anm. 5: Prdambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, a.E., deutsche Übersetzung: Die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte", Insel Verlag Frankfurt, 2. Aufl., 1991

Anm. 6: Die französische Verfassung von 1791 enthielt bereits 17 Artikel, die sich mit den individuellen Freiheitsrechten befassten, die in der Verfassung von 1793 auf 35 Artikel erweitert wurde.

Anm. 7: Dies wird manifestiert in der Charta der UN, Art. 1, wo neben der Wahrung des Weltfriedens das Ziel proklamiert wird, "die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen."

Anm. 8: Siehe z.B. Art. 21: "All individuals are free and equal in their dignity and rights. The rights and freedoms of the individuals are inalienable and inviolable" (Unofficial translation by the Council of Advisors to the Parliament of Ukraine, commissioned by the Sekretariat of the Supreme Rada of Ukraine)

Anm. 9: Siehe 4. Jahrestreffen der Präsidenten der obersten Gerichte von 19 mittel- und osteuropäischen Staaten am 14. Oktober 1998 in Kiew. Lt. dpa-Meldung vom 14. Oktober 1998 haben Vertreter aus osteuropäischen Ländern wie der Ukraine darauf hingewiesen, "dass die Gerichte stark von der Finanzierung durch die Regierung und privaten Sponsoren abhängig seien. Die Unabhängigkeit der Richter werde auch durch die niedrigen Löhne untergraben. In der Ukraine verdient ein Richter im Monat umgerechnet 90 Dollar."

Anm. 10: Via Internet ist es möglich, heute innerhalb kurzer Zeit eine Vielzahl von Meinungsäußerungen und Abstimmungsergebnissen zu erhalten, z.B. hat das Weisse Haus in Washington bereits eine eigene Internet-Seite, die jedermann zugänglich ist oder es sei auf die Meinungsumfragen von CNN via Internet

verwiesen. Es ist klar, dass die Politik auf derartige Meinungsbilder achtet und diese mehr und mehr in die Entscheidungsprozesse einbezieht.

Anm. 11: Bei deren Verbreitung spielt die Presse eine erhebliche Rolle, die daher auch gelegentlich neben Legislative, Jurisdiction und Executive als 4. Gewalt im Staat bezeichnet wird.

Anm. 12: Neben Spanien sind als Reaktion auf diesen Vorgang auch in anderen Ländern, so z.B. in der Schweiz und in Frankreich, Strafanzeigen gegen Pinochet gestellt worden.

Anm. 13: Dieser haben sich in der Zwischenzeit weitere Regierungen angeschlossen, zu hat laut dpa-Meldung vom 5. November 1998 der neue deutsche Außenminister die Verhaftung - egal wie die Justiz in Grossbritannien letztendlich entscheiden werde - als "Sieg der Zivilisation" bezeichnet.

Anm. 14: Concerning Properties wrongfully expropriated by formerly totalitarian Governments

Anm. 15: Art. 17 lautet:

1. Jeder Mensch hat allein oder in der Gemeinschaft mit anderen Recht auf Eigentum.

2. Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Zusammenfassung:

1. Am 10. Dezember 1998 wird die UN - Deklaration der Menschenrechte 50 Jahre alt.

2. Bei dem Katalog der Menschenrechte handelt es sich um ein Ideal, das zu verwirklichen sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verpflichtet haben.

3. In den letzten 50 Jahren sind wir diesem Ideal näher gekommen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen.

4. Die Menschenrechte werden verwirklicht durch staatliche Verfassungen, Gesetze und die Rechtsprechung.

5. Ein wesentlich neues Element für die Durchsetzung der Menschenrechte ist die Manifestierung des Rechtsempfindens der Bevölkerung. Dieses Rechtsempfinden bildet sich immer stärker heraus und beeinflusst mehr und mehr das Handeln der Regierungen (wie der Fall Pinochet zeigt) und der

